Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Dahlerbrück, Schalksmühle, Brügge, Oberbrügge, Lüdenscheid, Bollwerk, Volme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Rönsahl, Meinerzhagen, Valbert, Mühlhofe, Kupferberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver in Westfalen. = Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver, Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver;

Nr. 73 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt Mark 2.70, durch die Boten Mark 3.00, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mk. 3.12. | **Halver** Donnerstag, den 27. März. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | **1919**

Preußen.

Preußen hat eine Verfassung. Noch ist sie „vorläufig", aber sie ist von der ordnungsmäßig gewählten und berufenen Volksvertretung beschlossen. Preußen hat eine Regierung auf Grund dieser Verfassung. Das Kabinett ist die erste rein parlamentarische Staatsregierung des Landes. Als Koalitionsministerium verkündet es der Präsident der Volksvertretung der Öffentlichkeit und diese erste Mehrheitsregierung stützt sich auf einen Block aus der sozialdemokratischen und der demokratischen, sowie der Partei des Zentrums. Es wird im Lande außerhalb dieser Parteien manch einen geben, der über die Begleiterscheinungen und das Ergebnis dieser Entwicklung den Kopf schüttelt und sich den Kreisen deren nicht gesellt, die hoffnungsvollem Vertrauen Raum geben. Die Berechtigung solcher Zurückhaltung sei hier noch nicht untersucht, sondern zunächst auf das eine hingewiesen, worin alle Parteien mit Ausnahme der radikalen Randgruppen übereinstimmen und eines Sinnes sind. Das ist die Befriedigung über die nunmehr förmlich und einwandfrei geschaffene Selbstmäßigkeit der staatlichen Gewalten. Wie im Reiche, so ist jetzt auch im größten Gliedstaate Preußen die Gesetzmäßigkeit geschaffen, unter der allein der Staat und seine leitenden Organe die Sachwalter der Allgemeinheit sein können, als die auch die Machthaber der ausschlaggebenden Revolutionsparteien angesehen sein wollen, soweit sie ihre Staats- und Gesellschaftsauffassung aus der Schule der rechtssozialistischen und der gewerkschaftlichen Bewegung schöpfen. Die Revolution hat damit auch für Preußen eine Art Indemnität erhalten d. h. das Volk in seiner Allgemeinheit hat das Geschehene nachträglich — sagen wir einmal — zu den Akten genommen, denn die unumschränkte Billigung ist als Decke zu kurz und reicht nicht einmal aus, um die jetzigen Koalitionsparteien zu überspannen. Doch auch diejenigen, die außerstande sind, die große Wandlung der Dinge für notwendig zu halten und die Geschehnisse, die sie herbeiführten, sowie die Art ihrer Durchführung zu billigen, stellen sich auf den Boden der Tatsachen.

So sieht die neue Staatsregierung in der Volksvertretung mit den Parteien, auf die sie sich stützt, auch die sogenannte Opposition der Rechten, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, durchaus bereit, den Blick und die Schaffensrichtung nach vorwärts zu nehmen und sich nicht in rückschauende Betrachtungen zu verbohren; durchaus bereit, den großen Aufgaben ins Auge zu sehen, die schon die allernächste Zukunft für Preußen bringt.

Welche Bahnen wird die neue Regierung wandeln? Was aus den Verhandlungen bei der Regierungsbildung aus dem Zwielicht der Kulissen für die Bühne der Öffentlichkeit erkennbar wurde, enthielt nicht gerade Überwältigendes an Großzügigkeit. Während das ganze Staatsgebilde in allen Fugen erzittert und fast alle die großen Fragen der Staatsorganisation sich in dem kritischsten Stadium befinden, hörte es sich in diesen Verlautbarungen aus den Fraktionszimmern Tag um Tag so an, als hänge das Schicksal des Landes wesentlich oder ausschließlich an der Frage der Simultanschule. Niemand unterschätzt die Bedeutung dieser Dinge und vor allem die Vollwertigkeit des Anspruchs, den die kirchlichen und religiösen Fragen als Hauptpunkte bei Absteckung der Richtlinien für das neue Regiment neben allen anderen Programmforderungen heischen. Aber jener falsche Schein mußte gleichwohl entstehen und damit den Zweifeln Vorschub leisten, ob die Schaffung des neuen Regiments sich vollziehe unter entschlossener und weitsichtiger Befreiung von allem Kleingeist, der an die Schacherpolitik streifte.

Die Ereignisse draußen und im Lande selbst sorgen indessen dafür, daß die Umrisse des Regierungsprogramms sich schon ganz von selbst herausarbeiten, ehe es auf den gemeinschaftlichen Nenner der derzeitigen Mehrheits-Dreieinigkeit gebracht ist. Dem „vorläufigen" Herrn Hirsch als preußischen Ministerpräsidenten war bereits in den jüngsten Verhandlungen der verfassunggebenden Landesversammlung die Aufgabe gestellt, zu Bewegungen Stellung zu nehmen, die das Lebenswerk des zukünftigen Preußens berühren, und der „definitive" Herr Hirsch wird in diesen Dingen als beauftragter Vertrauensmann des Blocks nicht anders sprechen können wie als Vertreter der Sozialdemokratie. So wissen wir schon, daß die preußische Politik jeder Beeinträchtigung der Reichseinheit entgegenarbeiten wird; wir wissen — und es darf mit besonderer Genugtuung die feste und scharfe Sprache der Parteien angemerkt werden — daß Loslösungsbestrebungen von Preußen vom ganzen Hause der Volksvertretung verdammt und nur von wenigen als verhandlungsfähig bezeichnet werden. Das zeigte das Schicksal des Antrages Gräf zum Schluß der Montagssitzung des Hauses. Der Antrag, der gegen die Einverleibung rheinischer Landesteile nach Frankreich oder Belgien Einspruch erhebt, und den Gedanken eines westdeutschen Pufferstaates zurückweist, gelangte einstimmig zur Annahme. Der zweite Antrag Gräf, der einen entschiedenen Protest insbesondere gegen die Errichtung einer westdeutschen Republik enthält, wurde gegen die Stimmen des Zentrums (welches sich der Abstimmung enthält) angenommen.

Keine Taktik, die in dieser Richtung die Zügel locker läßt, wird für eine Regierung derzeit in Preußen tragbar sein, und daß diese Feststellung auch auf die schließlich gleichfalls noch im Hause angemeldeten hannoverschen Ansprüche der Welfen zutrifft, bedarf keines Zusatzes.

Das neue Kabinett findet, soweit diese Dinge in Frage kommen, bekanntlich die Ansätze zu einer Auseinandersetzung mit dem Reiche vor. Die Weimarer Kommission hat mit Mehrheit beschlossen, künftig dem Reiche eine Art Befugnis zu geben, solche Ablösungen, die auf Zerstückelung eines Gliedstaates hinauslaufen können, zu verfügen, ohne den betroffenen Staat zu hören. Es ist außer Zweifel, daß der Widerstand Preußens gegen solche Gesetzgebung mit allen gegebenen Mitteln einsetzen wird. Gleichfalls vom Reiche her kommt die Frage der Übernahme der preußischen Staatsbahnen auf das Reich. Damit rollen Erwägungen auf, die die ganze bisherige Wirtschaft und Finanzgebarung des Landes umkehren. Die Steuerpolitik, die Organisationsfragen auf dem Gebiete des Wiederaufbaus und der Erweiterung des Siedlungswesens und der inneren Kolonisation, sowie die auch nach der politischen Seite brennenden Beamtenfragen harren der richtungweisenden Hand. Das Land sieht den Taten der neuen Männer entgegen.

*

Das neue preußische Kabinett

setzt sich nach der Bekanntgabe in der Dienstag-Sitzung der preußischen Landesversammlung wie folgt zusammen:

Hirsch (Soz.) Ministerpräsident
Heine (Soz.) Inneres
Südekum (Soz.) Finanzen
Hänisch (Soz.) Wissenschaft und Volksbildung
Braun (Soz.) Landwirtschaft
D. Am Zehnhoff (Ztr.) Justiz
Stegerwald (Ztr.) Volkswohlfahrt
Oeser (Dem.) öffentliche Arbeiten
Fischbeck (Dem.) Handel
Reinhardt, Krieg.

Der als Minister für Volkswohlfahrt berufene Abgeordnete Stegerwald vom Zentrum, der als erster die Geschäfte des neugeschaffenen Amtes übernimmt, war bisher Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

*

Der Vorwärts schreibt zu der Kabinettsbildung: „Wenig erwünscht wird den meisten Parteigenossen die Nachricht kommen, daß auch in Preußen eine Koalitionsregierung unter Hinzuziehung des Zentrums gebildet werden soll und daß man beabsichtigt, zum Zweck des Zustandekommens dieser Regierung die Entscheidung über Kulturfragen vorläufig zurückzustellen. Falls dieser Entschluß schon unwiderruflich sein sollte, so ließe er sich nur aus der bedrängten äußeren Lage des Reiches erklären und aus der Sorge, nicht breite geographisch zusammenhängende Volksteile in die Opposition zu stoßen und sie nicht dadurch für gefährliche Losreißungsbestrebungen empfänglich zu machen. Ob diese Sorge begründet ist, möchten wir dahingestellt sein lassen — wäre sie es, so wäre das kein gutes Zeugnis für jene Bevölkerungsteile, die angesichts einer Meinungsverschiedenheit über die beste Kulturgesetzgebung gleich bereit wären, Staat und Reich den Rücken zu kehren."

Preußische Landesversammlung.

10. Sitzung. **K. Berlin, 25. März.**

Präsident **Leinert** teilt die Namen der Männer mit, die er ins Ministerium berufen hat. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung widmete er den scheidenden Ministern Ernst und Hoff warme Worte der Anerkennung und fügt hinzu, damit sei die erste parlamentarische Regierung der Republik Preußen gebildet worden. Er schließt seine Ansprache mit den Worten: „Möge das Vertrauen, das die Landesversammlung dem neuen Ministerium entgegenbringt, im vollen Maßstab durch dessen Taten gerechtfertigt werden." — Nunmehr spricht Ministerpräsident **Hirsch** über das

Programm der neuen Regierung.

Erwarten Sie von uns nicht, daß wir jetzt das umfassende Reformprogramm der Regierung im einzelnen darlegen. Nur die Forderungen des Augenblicks will ich kurz streifen. Mit den Organen des Reiches ist die preußische Regierung bestrebt, die Grenzen unseres Landes nach außen zu sichern. Unser Ziel ist die

Aufrechterhaltung des einen und unteilbaren Preußens.

Vorarbeiten für eine demokratische Verfassungsreform mit dem Ziel größerer Einheitlichkeit und Einfachheit sind in Angriff genommen. Der Landrat soll nicht mehr Alleinherrscher und Vertreter einer Minderheit sein, sondern Freund und Vertrauensmann der gesamten Einwohnerschaft werden. In die Verwaltung in Staat, Provinzen und Gemeinden sollen die Geeignetsten des ganzen Volkes Eingang finden ohne Rücksicht auf Herkommen und Glauben. Willkürliche Schranken gegen die Entwicklung der Großstädte müssen fallen. Die Bestrebungen zur Kommunalisierung solcher Betriebe, die schon im Frieden dafür reif waren, werden von uns gefördert werden. Die Rechtspflege wird unter Aufrechterhaltung eines unabhängigen Richterstandes volkstümlich gestaltet werden. Ein besonders wichtiges und ernstes Kapitel sind

unsere Finanzen.

Unsere Verkehrsverwaltungen rechnen mit dem nächsten Jahre mit gar keinen Überschüssen (Hört, hört!) Zur Deckung des Mehraufwandes müssen die Zuschläge zur Einkommen- und Vermögenssteuer erhöht werden. Die Neuregelung der Finanzen hängt davon ab, in welchem Umfange das Reich eine Mitbeteiligung an den Staatssteuern beansprucht. Den Beamten und Lehrern bleiben ihre Rechte gesichert. Das bewährte Berufsbeamtentum findet auch im neuen Staat seinen Platz und seine Anerkennung. In unserem verarmten Staate gilt unsere Hauptfrage dem Nachwuchs, der es einmal besser haben soll. (Lebh. Beifall). Die Wunden, die die Hungerblockade dem Volkskörper geschlagen hat, veranlassen uns, an die Hebung der physischen und sittlichen Kraft unseres Volkes zu denken und an die Errichtung eines neuen Wohlfahrtsministeriums zu gehen. Die

Einrichtung des gesamten Schulwesens

soll das Recht jedes Kindes ohne Unterschied des Geschlechts auf Bildung und Erziehung nach Maßgabe seiner Fähigkeiten ohne Rücksicht auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern gewährleisten. (Lebh. Beif.) Auf die gemeinsame Grundschule soll sich die weiterführende Schule aufbauen. Mit dem Abbau der Vorschule ist unverzüglich zu beginnen. Das Ziel ist die Einheitsschule. (Beifall.) Zunächst ist den Gemeinden das Recht zu gewähren, die Simultanschule mit wahlfreiem konfessionellen Religionsunterricht einzuführen. Mit dem Einjährig-Freiwilligen-Vorrecht ist sofort aufzuräumen. (Starker Beifall.) Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel ist alsbald durchzuführen. Besonders Begabten ist gegebenenfalls für den Besuch höherer Lehranstalten jede Erleichterung zu gewähren. In allen Schulen ist Lehrern und Schülern der Grundsatz unbedingter politischer und religiöser Duldsamkeit gewährleistet. (Lebhafter Beifall.) Bis zur endgültigen Regelung des Verhältnisses zwischen

Staat und Kirche

sowie der Stellung von Schule und Kirche zueinander ist der Religionsunterricht für Lehrer und Schüler wahlfrei. Lehrer und Schüler dürfen außerhalb des Religionsunterrichts zu keinerlei Religionsübung gezwungen werden. Das alleinige Recht des Staates zur Ausübung der Schulaufsicht wird aufrechterhalten. Die Schulaufsicht ist von Fachleuten auszuüben. Die Ortsschulaufsicht ist in jeder Form sofort zu beseitigen und die Schulleitung kollegial auszugestalten. Reform der Lehrerbildung mit dem Ziel der Hochschulbildung ist in Aussicht gestellt. Bis zur endgültigen Regelung wird allen Lehrern die Universität geöffnet. Das staatsrechtliche und finanzielle Verhältnis zwischen Staat und Kirche soll auf dem Wege der Vereinbarung unter Vermeidung öffentlicher und persönlicher Schädigungen mit dem Endziel beiderseitiger Selbständigkeit neugeregelt werden. Bei der gesteigerten

Bedeutung der Landwirtschaft

für die Volksernährung ist es Aufgabe der Regierung, die erforderlichen Maßnahmen zur Erziehung der größtmöglichsten Menge im Inlande erzeugter Nahrungsmittel in die Wege zu leiten.

Dies soll geschehen durch umfassende Bodenverbesserungen, Umgestaltung der Besitz- und Betriebsverhältnisse, durch Beschaffung von Wirtschaftsanteilen, Anwendung des Verkaufsrechts, Enteignung und Aufteilung.

Die Privatforsten müssen grundsätzlich der Staatsaufsicht unterstellt werden, die Siedelungsverhältnisse verbessert und der sozialen Lage der Landbevölkerung mehr Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden mit dem Ziel, auch ihr den Anteil an den Kulturgütern zu ermöglichen. — Für die

Sorgen und Nöte der Eisenbahner

hat die Volksregierung volles Verständnis, sie rechnet aber auf ihre Pflichttreue und Hingabe an den öffentlichen Dienst.

Der Wiederaufbau unserer Industrie ist nicht denkbar ohne das Verbleiben der Bodenschätze des Saargebiets und Oberschlesiens im Staatsverband. (Lebh. allseitiger Beifall.)

Gewissenhaft wird die Regierung mitwirken bei der Durchführung der Sozialisierungsgesetze des Reiches. Die Gewerbeinspektion wird systematisch ausgebaut, das Handwerk soll durch Versorgung mit Rohstoffen, billigen Kredit und Aufträgen wieder aufgerichtet werden. Vorbedingung für die Durchführung unseres Programm sind Arbeit, Ordnung und Achtung vor den, vom Volk selbst gegebenen Gesetzen der demokratischen Republik. Die Regierung wird deshalb mit allen Mitteln jeden Bruch der öffentlichen Ordnung verhindern, woher er auch kommen mag. Sie rechnet hierbei auf die tatkräftige Unterstützung seitens aller Teile des Volkes.

Redner schloß mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Friedensschluß und sprach die Hoffnung aus, daß es ein Friede der Gerechtigkeit werden möge. (Lebh. Beifall.)

Finanzminister Dr. Südekum beschäftigt sich hierauf im einzelnen mit dem Finanzprogramm der Regierung, in dessen Mittelpunkt eine Kreditforderung in Höhe von 10 Milliarden und die bereits bekanntgewordene Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer steht.

Auf Antrag des Abg. Dr. Schmedding (Z.) geht der Notetat an den Staatshaushaltsausschuß.

Die Polen-Interpellation.

Zur Beratung steht nunmehr die förmliche Anfrage der Demokraten: Nach vorliegenden Meldungen beabsichtigen unsere Feinde in schärfstem Widerspruch mit den von beiden Seiten angenommenen 14 Punkten Wilsons weite Gebiete Posens, West- und Ostpreußens sowie Oberschlesiens und sogar Danzig gewaltsam vom Reich abzutrennen und dem polnischen Staat einzuverleiben. „Welche Schritte hat die Regierung unternommen, um diesen widerrechtlichen mit Wilsons 14 Punkten unvereinbaren Gewaltakt abzuwenden?

In Verbindung damit wird die förmliche Anfrage der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei beraten: Ist die Regierung bereit, über den Stand der Waffenstillstandsverhandlungen und den Polen Auskunft zu erteilen? Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zum Schutz des durch durch den polnischen Aufstand schwer geschädigte Deutschtums in der Ostmark zu ergreifen?

Dazu liegen noch vor der Antrag **Budjuhn** (D. N.) und Dr. **Hoetzsch** (D. V.) auf Verstärkung des östlichen Grenzschutzes, Austausch aller Gefangenen und Geiseln in der Provinz Posen, auf geordnete Flüchtlingsfürsorge, Wiederherstellung des Handels und der Verkehrsbeziehungen in Posen, Schadloshaltung der dortigen Deutschen, Beseitigung der polnischen Postzensur, der Pressebeschränkungen usw.

Weiter liegt noch ein Antrag aller Parteien vor, wonach die Landesversammlung schärfsten Einspruch erhebt gegen jede gewaltsame Losreißung von Teilen Oberschlesiens, Posens, West- und Ostpreußens und ihre Einverleibung in Polen. Nach Begründung der Anträge durch die Vertreter der Parteien spricht

Ministerpräsident **Hirsch**: Die Staatsregierung habe getan und werde auch in Zukunft tun, was in ihren Kräften stehe. Mit Machtmitteln gewaltsam gegen das polnische Vorgehen einzugreifen, sei sie nicht in der Lage gewesen.

Deutsche Nationalversammlung.

(28. Sitzung.) *CB.* **Weimar, 25. März.**

Die Nationalversammlung nahm heute ihre Arbeiten wieder auf. Die Regierungsbank war voll besetzt und auch das Haus wies einen guten Besuch auf. Zunächst gelangt eine Anfrage des Abg. Dr. Rießer (Deutsche Vp.) über die Vergewaltigung deutscher Zeitungen in der Pfalz durch die Besatzungsbehörden zur Besprechung.

Ein Vertreter der Waffenstillstandskommission erklärte, daß tatsächlich solche Vergewaltigungen gegen alles Völkerrecht und entgegen dem Waffenstillstandsvertrag vorgekommen seien. Die Feinde hätten dabei als Ziel im Auge, die Pfalz dem Reich zu entfremden, was aber nie gelingen werde. (Beifall.)

Ministerialdirektor **Wolf** (Bayern) bestätigte ebenfalls, daß es den Franzosen niemals gelingen würde, die Pfalz vom Mutterlande loszureißen.

Abg. Falk (Dem.) erweiterte seine Anfrage über die mangelhafte Versorgung der Rheinprovinz mit Brot, Fett usw.

Unterstaatssekretär v. Braun wies darauf hin, daß teilweise die Verkehrsschwierigkeiten daran schuld seien, namentlich nach dem besetzten Gebiet. Im übrigen sei aber die Un-

Bayern den Bayern!

Ein Zentrumsprotest gegen die Reichsregierung.

München, 25. März.

Eine Veröffentlichung der bayerischen Zentrumspartei ruft das ganze bayerische Volk auf, sich wie ein Mann zu erheben zum Schutze seiner mehr als tausendjährigen Freiheit und Selbständigkeit seiner geschichtlichen Ehre und Würde. Wir wollen, so heißt es in dem Aufruf, den Zusammenschluß der deutschen Staaten auf föderativer Grundlage. Der Forderung aber, daß die Einzelstaaten zu Provinzen des Reiches herabgedrückt werden sollen, werden wir den äußersten Widerstand entgegensetzen. Wir beantragen die sofortige Einberufung des Landtages, damit er eingreifen kann in Bayerns Schicksalsstunde: Bayern den Bayern!

Die Lage in Ungarn.

Auflösung der bürgerlichen Parteien.

Die Karolyipartei hat eine letzte Sitzung in Budapest abgehalten, in der die Auflösung der Partei beschlossen wurde. Alle Redner betonten unter lebhaftem Beifall die Notwendigkeit der Vereinigung aller Kräfte zur Unterstützung des revolutionären regierenden Rates bei der Erfüllung seiner Aufgaben. **Auch die radikale Partei hat ihre Auflösung beschlossen.**

Schwere Niederlage der Ententetruppen.

Nach einer in **Berlin** ausgegebenen halbamtlichen Meldung über die militärische Lage hat sich das Interesse der russischen Regierung zunächst auf die Ukraine konzentriert wegen der dortigen Kohlenbergwerke und der Nahrungsmittel. Die russische Sowjet-Armee hat die in der Ukraine stehenden Ententetruppen vollkommen geschlagen, so daß sie fluchtartig weichen und auch sogar Odessa räumen mußten. Von dieser neuen Basis aus gedenken die Russen den **Ungarn** zu Hilfe zu kommen.

Straßenkämpfe in Budapest.

Die Umwandlung **der Volksrepublik** in die Kommunistenherrschaft hat sich **keineswegs** so unblutig vollzogen, wie die ersten Meldungen **besagten**. Es ist vielmehr in Budapest zu blutigen Straßenkämpfen gekommen, die eine Menge Opfer gefordert **haben**. Fast alle Lebensmittel- und Juweliergeschäfte **wurden** ausgeplündert. In der Provinz dagegen ist es **ruhig** geblieben und die Ordnung nicht gestört worden. **Der** ehemalige Ministerpräsident Dr. Wekerle wurde **im Auftrage der Räteregierung** heute mittag in Budapest verhaftet und in das Sammelgefängnis abgeführt. Weiter wurde eine Reihe von Polizeibeamten verhaftet, die sich bei den seinerzeitigen Verhaftungen der aufständischen Kommunisten Verfehlungen zuschulden kommen ließen. Eine Reihe weiterer Verhaftungen von Würdenträgern des vergangenen Regimes ist geplant.

Lokales und Provinzielles.

Halver den 27. März.

1813 Kriegserklärung Preußens an Frankreich. — 1845 Physiker Wilhelm Konrad Röntgen geb. — 1847 Chemiker Wallach, geistiger Schöpfer der deutschen Riechstoffindustrie, geb. — 1892 Amerikanischer Dichter Walt. Whitman gest.

□ **Deutsche Wohlfahrtsmarken.** Auf Veranlassung des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat der Reichspostminister verfügt, daß vorerst 1 Million Freimarken zu 10 Pfennig und 1½ Millionen zu 15 Pfennig mit dem schwarzen Aufdruck „5 Pfennig für Kriegsbeschädigte" hergestellt werden. Diese Marken werden während des Monats Mai mit einem Aufschlag von 5 Pfennig für das Stück, also zum Einzelpreis von 15 und 20 Pfennig, ohne Beschränkung ihrer Gültigkeitsdauer bei den Postanstalten des Reichspostgebietes zum Verkauf gelangen. Der Ertrag des Aufschlags wird dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge überwiesen werden. Ob diese Marken auch in Württemberg zu verkaufen sein werden, werden die zurzeit mit der württembergischen Postverwaltung schwebenden Verhandlungen ergeben.

An unsere Bezieher.

Der lange Krieg hat ganz gewaltige Anforderungen an die Lokalpresse gestellt. Während die meisten Berufsstände z. T. anständige Gewinne einheimsen konnten, war es den kleinen und mittleren Zeitungsverlegern vielfach nicht vergönnt, den bescheidensten Nutzen erzielen zu können. Die wirtschaftliche Lage wurde mit der verlängerten Dauer des Krieges immer schwieriger und je mehr die Rohstoffe (Papier, Farbe, Oel usw.) im Preise anzogen, stiegen mit den Lebensmittelpreisen die Löhne. Wir waren gezwungen, die Bezugspreise unserer Zeitungen zu erhöhen und taten dies in sehr bescheidenem Maße. Dabei hatten wir die Hoffnung, mit dem Ende des Krieges die Preiserhöhungen langsam wieder abbauen zu können. Doch es ist anders gekommen als zu erwarten stand. Unsere Hoffnungen sind zu nichte gegangen, das Kriegsende hat keine wirtschaftlichen Aufbesserungen gebracht. Im Gegenteil: die Rohstoffpreise und besonders die Preise für Papier sind weiter gestiegen. Ebenso haben gewaltige Lohnerhöhungen und damit verbundene Arbeitszeit-Verkürzungen stattgefunden.

Aus diesen Gründen sind wir jetzt gezwungen, die Bezugsbedingungen nochmals um 10 Pfg. pro Monat zu erhöhen.

Unsere Zeitungen kosten demnach

vom 1. April 1919 ab 3 Mark für das Vierteljahr ohne Bestellgeld.

Wir dürfen voraussetzen, daß die Leser ein Einsehen haben und den kleinen Preisaufschlag gern bezahlen werden.

Allgemeiner Anzeiger	Halversche Zeitung
Wilhelm Bell jr., Halver.	Wilhelm Laumer, Halver

—* **Von der Handelskammer.** Von Dienstag 25. März 1919 an ist, wie die Indemna tionale Telegraphen-Agentur erfährt, der **Briefpostverkehr** zwischen den **besetzten** deutschen Gebieten und den alliierten Ländern wieder eröffnet. Alle Sendungen sind der Zensur unterworfen. Es sind jedoch nur zugelassen Mitteilungen von Behörden, Handel und Industrie, Kataloge, Preislisten und Muster. Private Mitteilungen dürfen nur auf Postkarten gemacht werden, abgesehen von dringenden persönlichen Angelegenheiten, welche in Briefen geschrieben werden dürfen. Ferner ist der Versand von Zeitungen und Zeitschriften erlaubt. Dagegen ist der Postpaketverkehr nicht gestattet. Alle zugelassene Sendungen können eingeschrieben versandt werden. — Die Bestimmungen betreffs Abstempelung der Postsachen für die belgische Zone sind wieder aufgehoben.

+ **Halver**, 27. März. Wie durch Anzeige bekanntgegeben, beabsichtigt der manchem von hier bekannte Opernsänger Karl Fischer, z. Zt. Radevormwald, am Samstag, 5. April d. Js. hier im Hause zur Fuhr ein Solistenkonzert zu veranstalten. Damit steht uns ein seltener Kunstgenuß bevor. Karl Fischer, ein Schüler des Konservatoriums zu Köln a. Rh., war zu Beginn des Krieges als lyrischer Tenor am Stadttheater Aachen unter Hofrat Adolphin tätig. Während des Krieges stand er wie viele andere Künstler draußen an der Front. Sein angegriffener Gesundheitszustand und die unsicheren Verhältnisse in Aachen veranlaßten ihn, zunächst von einer Erneuerung des Vertrages mit dem dortigen Oper abzusehen und sich bis zur entgültigen Wiederherstellung seiner Gesundheit erholungsweise im benachbarten Radevormwald aufzuhalten. Diesem Umstande können wir es verdanken, daß wir ihn demnächst auch hier hören werden. Des weiteren ist die Sopranistin Constanze Lacueuille aus Köln gewonnen worden. Frl. Lacueuille ist eine Konzertsängerin von Ruf, deren Konzerte in Köln, Düsseldorf und Elberfeld-Barmen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Am 26. März fand wieder ein großer Liederabend der Sängerin im Hotel Disch in Köln statt. Die Presse schreibt über Frl. Lacueuille: Die Sängerin verfügt über einen prächtigen, schmelzenden Sopran, in der Tiefe vielleicht etwas dem Glockenklang einer Altstimme verwandt, der aber selbst in den höchsten Lagen nichts von seiner Reinheit und seiner Schönheit verliert. Durch das prächtig gesungene Duett aus der „Weißen Dame" erbrachte sie den Beweis einer ausgebildeten Technik, der selbst die verwegene Koloratur Boildieus keine Schwierigkeit mehr zu bereiten vermag. — Die beiden Künstler werden hier, soweit wir hörten, das Duett der Micaela und des Don José aus Bizets Carmen singen. Für die Begleitung der Gesänge ist Herr Otto Blüthner, z. Zt. Radevormwald, gewonnen worden, der Begründer und Leiter der dortigen Symphonie-Konzerte, der außerdem die große Sonate in C-moll des nordischen Komponisten Eward Grieg spielen wird. Der Besuch des Konzertes ist deshalb jedem Anhänger echter Kunst warm zu empfehlen.

Rönsahl, 26. März. Am Montag fand im Hotel zur Linde eine Versammlung statt, in der die Versorgung der Gemeinde mit elektrischem Licht erörtert wurde. Herr Amtmann Hiltebrandt wies darauf hin, daß man diesen Zeitpunkt, wo die Gelegenheit geboten sei, nicht verpassen dürfe. Wenn man sich jetzt nicht entschlösse, wäre für die nächsten Jahre überhaupt nicht daran zu denken. Allerdings seien gerade jetzt die Kosten, den Zeitverhältnissen entsprechend hoch. Die Baukosten von insgesamt 12 500 Mk. sind von den Abnehmern aufzubringen und werden der wirtschaftlichen Lage und den Verhältnissen des Einzelnen entsprechend verteilt. Der größte Teil der Anwesenden verpflichtete sich durch Unterschrift, so daß das Zustandekommen schon jetzt gesichert erscheint.

Siegen, 24. März Die neunköpfige Familie eines Arbeiters in Alsdorf mußte wegen Unterernährung ins Krankenhaus eingeliefert werden. Zwei Kinder von 11 und 8 Jahren, ebenso der Großvater, starben kurz nach der Einlieferung.

Langendreer, 25. März. In der Umgegend von Langendreer sind mehrfach Pockenerkrankungen aufgetreten. Es sind bis jetzt 8 Fälle gemeldet worden.

Dortmund, 25. März Der Rindviehzuchtverband Westfalen tagt hier am 28. März. Zuchtinspektor Dr. Schmehl-Herford spricht über: „Gegenwartsfragen in der Rindviehzucht."

Münster, 25. März Die Landwirtschaftskammer spricht sich hinsichtlich der Unterbringung städtischer Arbeitsloser dahin aus, daß sich die Landwirte bei unbefriedigenden Erfahrungen nicht abschrecken lassen möchten, so weit als irgend möglich, solche Arbeiter in ihre Betriebe aufzunehmen. Eine ständige Fühlungnahme der betreffenden ländlichen Arbeitgeber mit dem Arbeitsnachweis sei erforderlich. Eine Klärung der Frage ob wenigstens für die Betriebe mit starkem Hackfruchtbau, besonders Zuckerrübenbau, eingearbeitete Wanderarbeiter in beschränktem Umfange zur Verfügung gestellt werden können, hält der Vorstand für dringend erforderlich.

Münster, 25. März. Entgegen dem in einem preußischen Ministerialerlaß zum Ausdruck gebrachten Wunsch, eine Ersatzwahl für den am 1. Juli aus Gesundheitsrücksichten ausscheidenden Landeshauptmann Dr. Hammerschmidt nicht vorzunehmen, weil die Bestätigung durch die Regierung nicht zu erwarten sei, wählte der 60. Provinziallandtag in seiner heutigen Sitzung den Landrat des Kreises Bielefeld Dr. Bockhaus zum Landeshauptmann. Maßgebend für diese Handlung war die einstimmige Ansicht des Provinziallandtages, daß ein so schwieriger Posten mit seinen vielgestaltigen Aufgaben nicht einen Tag unbesetzt bleiben dürfe. Der Oberpräsident Prinz zu Ratibor-Corvey, hatte um Berücksichtigung des Ministerialerlasses gebeten.

Nah und Fern.

o **Fliegertod.** Einer unserer erfolgreichen Jagdflieger, Lt. d. R. Werner Preuß aus Rendsburg, ist zusammen mit dem Kampfflieger Vizefeldwebel d. R. Jetter einem Unfall in der Heimat zum Opfer gefallen. Beide Flieger waren in die Fliegerabteilung des Freikorps Schleswig-Holstein eingetreten, waren auf einem Dienstflug von Kiel aus und hatten in Rendsburg eine Zwischenlandung gemacht. Beim Abfliegen von Rendsburg versagte in noch geringer Höhe beim Nehmen einer Linkskurve der Motor, und das Flugzeug sauste steil schräge zu Boden. Beide Insassen blieben tot.

o **Diebstahl diplomatischer Akten.** Aus Kassel wird berichtet: Einem Mitgliede der Waffenstillstandskommission, das auf der Durchreise ein hiesiges Lichtspieltheater besuchte, wurde die gesamte Barschaft und die Brieftasche mit wichtigen diplomatischen Aktenstücken gestohlen.

o **Kakao in Sicht!** Die deutsche Kakaoindustrie, besonders die linksrheinischen Fabriken erwarten noch vor Ostern einige Ladungen Rohkakao. Auch Kakaopulver wird in Deutschland erwartet, da die englische Regierung bereits erlaubt hat, bis zu 800 000 Kilo Kakaopulver im Monat einzuführen. Als Käufer kommen dafür nur die Mittelmächte und Rußland in Betracht. Die deutschen Kakaofabrikanten sollten sich mit Hausfrauenvereinen, mit Säuglingspflegestellen zusammentun und den deutschen Regierungsstellen nahelegen, daß die Herbeischaffung von Rohkakao und Kakaopulver außerordentlich dringlich ist.

o **Die Ernährung unserer Kriegsgefangenen in England.** Das englische Kriegsamt gibt bekannt, daß der Mundteil für die Kriegsgefangenen erhöht worden ist. Die Gefangenen erhalten jetzt täglich 7½ englische Unzen Brot und 6 Unzen Biskuit, 8⅘ Unzen Fleisch, einmal in der Woche 3⅛ Unzen Speck, ¼ Unze Tee oder ½ Unze Kaffee, 20 Unzen Kartoffeln und 1⅞ Unzen Margarine. Die Kriegsgefangenen, die schwere Kriegsarbeit zu verrichten haben, werden eine tägliche Zulage von 1 Unze Margarine oder Speisefett erhalten.

o **Erweiterung des deutschen Luftpostdienstes.** Der bisher auf den Strecken Berlin—Leipzig—Weimar und Berlin—Hamburg von der deutschen Luftreederei betriebene regelmäßige Luftpostdienst soll noch im Laufe des April nach Hannover—Rheinland—Westfalen, Frankfurt am Main, Breslau und Warnemünde ausgedehnt werden. Die schnelle Verbindung mit Warnemünde wird namentlich für den Personen- und Postverkehr nach den skandinavischen Ländern von großer Bedeutung sein. Warnemünde soll auch den Ausgangspunkt für den See-Luftverkehr mit Wasserflugzeugen bilden.

o **Ein seltsames Möbelgeschäft.** Der frühere Großherzog von Weimar hatte die Erlaubnis gegeben, Möbel aus dem Schlosse in Eisenach an bedürftige Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte zu mäßigen Preisen abzugeben. Als der Unabhängige Volksbeauftragte Hill die Möbel zu Spottpreisen an unberechtigte Bevorzugte abgab, stürmte die erregte Menge das Schloß, verprügelte den Volksbeauftragten und plünderte in den Räumen. Die aufgestellte Sicherheitswache war machtlos. Die Möbel stammen zum Teil aus den Räumen, die einst die Fürstin Helene von Orleans bewohnte.

o **Verschiebung von Heeresgut.** Die Spandauer Kriminalpolizei hat eine groß angelegte Verschiebung von Heeresgut aufgedeckt. Von Döberitz sollten 32 000 Stiefeleisen verschoben werden. Die Polizei kam den Tätern aber auf die Spur und konnte das Fortholen der drei Waggons mit Stiefeleisen verhindern.

o **Typhus in einem Lager deutscher Gefangener.** Im Gefangenenlager Scipionno bei Kalisch, in dem sich zurzeit etwa 2500 deutsche Gefangene der Polen befinden, ist Flecktyphus ausgebrochen. Bisher sind bereits mehrere Gefangene dieser Krankheit erlegen. Die Seuche hat ihren Ursprung darin, daß die Polen den Gefangenen kein neues Stroh gegeben haben und keine Decken. Die Gefangenen liegen auf dem Stroh, auf dem vor einem Jahr russische Gefangene gelegen haben. Die Wasserverhältnisse sind schlecht, die Ernährung nach wie vor ungenügend.

o **Eine Reichsbankstelle beraubt.** In Euskirchen drangen zehn bewaffnete Räuber, darunter vier in Soldatenuniform, in die Reichsbanknebenstelle ein, raubten rund 1,5 Millionen Mark und fuhren mit einem Kraftwagen davon.

o **Glockenfeindliche Engländer.** Nach Mitteilung des Erzbischofs von Köln hat der britische Polizeioffizier in Berg-Gladbach das Läuten der Kirchenglocken vor 8 Uhr morgens ohne Angaben von Gründen verboten. Deutscherseits wurde die Aufhebung des Verbots gefordert.

o **Die Erschießung von zwei Artillerieoffizieren** auf dem Hauptbahnhofe in Allenstein wird demnächst die bürgerlichen Gerichte beschäftigen, nachdem der Kriegsminister eine dahingehende Entscheidung getroffen hat. Es handelt sich dabei um die bekannten Vorgänge bei der Heimkehr eines Artillerie-Regiments aus dem Felde, wobei zum Empfang der Soldatenrat auf dem Bahnhof erschienen war.

o **Eingemeindung Altonas in Hamburg?** Die städtischen Körperschaften Altonas haben der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung eine Denkschrift zugehen lassen, die für eine Eingemeindung Altonas in Hamburg eintritt. Die Denkschrift, die schon aus dem Jahre 1910 stammt, ist eine ergänzende Eingabe der Vertreter der Stadt beigefügt.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Die Ausreise der Lebensmittelschiffe.

WTB **Hamburg**, 26. März. Die Ablieferung der im Hamburger Hafen liegenden Lebensmittelschiffe nimmt einen befriedigenden Fortgang. Es kommen insgesamt 120 Schiffe zur Ablieferung. Auch in Bremen ist die Ausreise der Schiffe nunmehr gewährleistet.

Polnischer Sieg über die Bolschewisten.

WTB **Warschau**, 26. März. (Havas.) Grodno ist in polnischer Verwaltung. Die russische Armee ist völlig geschlagen. Pinsk ist von den Polen besetzt. Die Bolschewisten ließen Schießbedarf, Maschinengewehre, Fahrzeuge und die Kommissariatskasse mit einer halben Million Rubel zurück.

Ernste Lage in Spanien.

WTB Rotterdam, 26. März. Dem „Courant" zufolge meldet „Daily Telegraph" aus Paris, daß die Lage in Spanien als ernst anzusehen ist. Eine politische Krisis sei mit Bestimmtheit zu erwarten. Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß bolschewistische Elemente die Ursache aller Arbeiterunruhen sind, die seit einiger Zeit in Spanien herrschen.

Amerika und England gegen Frankreich.

Paris. Veranlaßt durch die bolschewistischen Unruhen in Ungarn äußerte Wilson seine ernste Unzufriedenheit über die Verzögerung des Friedens und forderte baldige Beschlüsse. Frankreich verzichtete darauf hin auf die Militarisierung der Rheingrenze und gab die Erklärung ab, daß die Rheinprovinz bei Deutschland bleiben solle. Wilson und Lloyd George betonten nachdrücklich, sie würden es nie dulden, daß ein etwaiger rheinischer Pufferstaat dem Einflusse Deutschlands entzogen würde.

Aufhebung der Blockade Deutschlands.

Paris. Auf energischem amerikanischen Druck hin haben die Alliierten beschlossen, die gesamte Blockade Deutschlands in Kürze aufzuheben. In der Schweiz liegen bereits für Deutschland bestimmte Waren im Wert von über einer Milliarde.

Die Blutopfer in Witten.

Witten. Nach neueren Meldungen beläuft sich die Zahl der bei den Unruhen Getöteten auf elf, die der Verwundeten auf 32. Davon gehören der Polizei an ein Toter und drei Verwundete.

Amerikanische Truppen gegen Ungarn.

Paris. Wie hier verlautet, sollen die in Frankreich stehenden amerikanischen Truppen nach Rumänien zum Kampf gegen den russischen und ungarischen Bolschewismus gesandt werden. Wilson wolle die Demokratie retten. Die Vorgänge in Ungarn haben auf die Alliierten wie eine kalte Dusche gewirkt.

Eines Engländers Deutschlandfahrt.

Wie unsere Feinde uns sehen.

Ein Berichterstatter der „Times" ist über den Kanal gereist, um mit eigenen Augen zu sehen, was in Deutschland, in dem Deutschland der Vorfriedenszeit und der Spartakusputsche, los ist. Er hat sich mehrere Wochen in Weimar, in München und in anderen deutschen Städten aufgehalten und glaubt nun, über die deutschen Verhältnisse genügend unterrichtet zu sein, um sie seinen Landsleuten in rein sachlicher Weise schildern zu können.

Er stellt zunächst fest, daß die Gegensätze in der öffentlichen Lebenshaltung selbst im Bereich eines verhältnismäßig kleinen Staates wie Bayern merkwürdig groß sind. Ein Mensch, der ausschließlich in den Hotels verkehre, könnte zu den seltsamsten Schlüssen gelangen. Das Essen sei dort nämlich, wenn man von dem Brote absehe, ausgezeichnet, nur daß Butter, Milch, echter Kaffee, Tee und etliche andere Genußmittel knapp seien. Dafür gebe es aber größere Portionen Fleisch, Gemüse und Kartoffeln als irgendwo anders, ja als selbst in den vielgerühmten schweizerischen Hotels. Auf recht hohe Preise müsse man sich allerdings gefaßt machen. Die glänzende Medaille habe aber auch eine Kehrseite, und diese sei minder schön. Die mittleren und niederen Volksschichten seien unterernährt. Diejenigen Angehörigen der Arbeiterklasse, die während des Krieges nicht in Munitionsfabriken beschäftigt waren, lebten bloß von Kartoffeln, einem recht minderwertigen Brot und Malzkaffee. Die Tuberkulose fordere in diesen Kreisen große Opfer.

Es folgen nun in der recht interessanten Schilderung des Engländers genauere Angaben über die Waren- und Lebensmittelpreise, die in Deutschland gefordert und gezahlt werden. Da tauchen sie alle wieder auf, die alten Bekannten, von den Preisstadien, die uns schon so viel Mißvergnügen bereitet haben und uns immer noch in gelinde Wut versetzen, wenn wir von ihnen hören: die Schokolade zu 30 bis 50 Mark das Pfund, die „Hundertzwanzigmark-Gans" und der Arbeiteranzug, der vor dem Kriege höchstens 50 Mark kostete und jetzt mit 250 bis 300 Mark im Preise steht, ganz zu schweigen von der Kleiderkarte, die man haben muß, um ihn überhaupt zu erlangen. Und da kann sich denn der englische Beobachter nicht genug darüber wundern, daß die deutsche Bevölkerung das alles mit philosophischer Ruhe über sich ergehen läßt und eine geradezu klassische Gleichgültigkeit zur Schau trägt. Die Deutschen seien eben infolge der dauernden Lebensmittelknappheit und der allgemeinen tiefen Niedergeschlagenheit nahezu teilnahmlos geworden.

Eine kleine boshafte Spitze trägt die Bemerkung, daß sich der Geist des deutschen Beamtentums auch unter der neuen Regierung wenig geändert zu haben scheine. Noch immer zeigten sich die Beamten im Verkehr mit Ausländern, selbst mit solchen, die bisher als „feindliche Ausländer" im Verruf waren, ungemein höflich, während sie von ihren eigenen Landsleuten den altgewohnten tiefen Respekt und die tiefen Bücklinge, die vor dem Kriege üblich waren, erwarteten. In München sei ein sehr angesehener Kaufmann, der einen höheren Beamten nur ein wenig scharf angefahren hatte, sofort wegen „Beamtenbeleidigung" unter Anklage gestellt worden, als wenn ein Beamter in anderer Weise beleidigt werden könnte als irgend ein anderer Mensch.

Was die deutsche Demobilmachung anlangt, so hat der Engländer die Wahrnehmung gemacht, daß die verheirateten Leute, wenn sie aus dem Heer treten, zu ihrer Arbeit zurückkehren, soweit dies möglich ist. Anders liege die Sache bei ledigen Männern. Diese trieben sich meist in einem beklagenswerten Müßig in den Straßen herum und machten den Eindruck von Leuten, die zu allem fähig wären. Abgesehen von ein paar intellektuellen Eiferern, rekrutiere sich „Spartakus" aus den Kreisen dieser „Desperados". Ein bedenkliches Zeichen der Zeit sei die allgemeine Entsittlichung. Diebstähle seien selbst in den ersten Hotels an der Tagesordnung, und es sei eine Tatsache, daß nicht die Hotelbediensteten, sondern die Hotelgäste stehlen.

Während die unteren Klassen ebenso wie die Kriegsgewinner in einen Wirbel zügelloser Vergnügungssucht geglitten seien und überall öffentliche Bälle abgehalten würden, beklagten andere Leute diese Ausschreitungen in so ernster Zeit aufs bitterste. Bemerkenswert sei die starke Verbreitung des Spiritismus und eine allgemeine Verwilderung in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Auffallend sei auch die Unkenntnis des Volkes hinsichtlich der politischen Fragen; hier habe auch die Revolution nicht Wandel schaffen können. Noch heute wisse kaum jemand etwas über die Rolle, die die deutsche Diplomatie gespielt habe, oder über die wahre Haltung der europäischen Mächte Deutschland gegenüber vor dem Kriege und während des Krieges.

Das Bild, das der Engländer von uns entwirft, ist, wie man sieht, nicht sehr schmeichelhaft, und wer uns näher kennt, wird manches Schiefgesehene darin finden. Aber das Vorhandensein von diesem und jenen Körnchen Wahrheit wird man nicht leugnen können. S.

Amt Halver.

Ware Nr. 10 des Lebensmittel-Ausweises.

Verkauf erfolgt auf graue Warenkarte Nr. 4 in der Zeit vom 28. März bis 2. April ds. Js. nach folgendem Plane:

Lebensmittel-Ausweis Nr.	Verkaufsstelle.
801—1200	Max Laisle, Oberbrügge.
1201—1500	Konsumverein Oeckinghausen.

Jeder Empfangsberechtigte erhält den auf ihn entfallenden Warenanteil, den er innerhalb der vorbezeichneten Verkaufstage zu beliebiger Zeit entnehmen kann.

Halver, den 26. März 1919.

Der Amtmann.

Amt Lüdenscheid.

Das Amt hat einen größeren Posten getragener, aber durchweg guterhaltener und instandgesetzter Militärstiefel hereingeholt. Die Stiefel sind in verschiedenen Größen vorhanden und sollen zu 24,00 Mark das Paar an die Einwohner des Amtes Lüdenscheid abgegeben werden. Der Verkauf erfolgt Montags vormittags, ausnahmsweise auch Mittwochs und Freitags vormittags im Zimmer 11 des Amtshauses hierselbst und zwar an jedermann.

Lüdenscheid, den 24. März 1919.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Um dem Unfug des sogenannten „Flämmens" zu begegnen, wird für jeden Fall, in dem das verbotswidrige Anzünden von dürrem Gras, Strauchwerk, Laub usw. so zur Anzeige gebracht wird, daß der Täter rechtskräftig bestraft werden kann,

eine Belohnung von 20 Mk.

zugeführt.

Die Belohnung erhält derjenige, der die Straftat zu erst polizeilich anzeigt.

Halver, den 10. März 1919.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenseuche unter den Rindviehbeständen der Landwirte Ferd. Cramer und Carl Valenthorn zu Grotewiese. August Seuthe zu Einig August Flügge zu Wiebecke, des Landwirts Bitter zu Böddinghausen und der Ww. Kirchhoff zu Bremcke ist erloschen. Die in meinen viehseuchenpolizeilichen Anordnungen vom 24. 12. u. 10. 1. 19. angeordneten Schutzmaßnahmen für diese Gehöfte werden diese Gehöfte werden hiermit aufgehoben.

Altena, den 19. März 1919.

Der Landrat: Thomée.

Bekanntmachung.

Die Erfahrung zeigt, daß Heeresgut vielfach noch unberechtigter Weise von der Bevölkerung zurückgehalten wird. Ich sehe mich daher veranlaßt, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß jeder die Pflicht hat, in Verwahrung genommenes oder nicht rechtmäßig erworbenes Heeresgut aller Art, sofort an die zuständige Ortspolizeibehörde, den Gemeindevorstehern oder an die nächste Sammelstelle für Heeresgut abzuliefern.

Rechtmäßiger Erwerb von Heeresgut kann nur durch eine schriftliche, mit Stempel und Unterschrift versehene Bescheinigung des betreffenden Truppenteils erwiesen werden.

Nach Heeresgut finden bereits unvermutete Haussuchungen statt. Wer Heeresgut unberechtigter Weise behält, hat schwere Strafe zu gewärtigen.

Die Ortsbehörden und Gemeindevorsteher haben die Pflicht, daß ihnen übergebene Heeresgut sicher und trocken aufzubewahren und der nächstgelegenen Sammelstelle für Heeresgut wegen Uebernahme der Gegenstände in Verbindung zu treten.

Sammelstellen für Heeresgut befinden sich im Bezirke des 7. Armeekorps in Delecke, Bochum, Bergeln, Dortmund, Geseke, Hamm, Lippstadt, Soest, Unna, Blankenstein, Hagen Holzwickede, Iserlohn, Schwelm, Wetter, Vollmarstein und Witten, im Bereich des 18. Armeekorps in Wennemen, Bestwig, Brilon, Marsberg, Arnsberg, Neheim, Altena, Attendorn, Eiringhausen, Olpe, Lüdenscheid, Finnentrop, Lenscheid, Kreuztal, Winterberg, Schmallenberg, Erndtebrück, Siegen, Anzhausen, Burbach, Clafeld, und Hilchenbach.

Der Regierungspräsident: J. V. Pfeffer.

Veröffentlicht.

Altena, den 24. März 1918.

Der Landrat: J. V. Krumm, Kreissekretär.

Deutsche demokratische Partei
Ortsgruppe Schalksmühle.

Sonnabend, den 29. März, cr. nachmittags 6 Uhr in der Turnhalle

öffentlicher Vortrag

des Herrn Pastor Störmer aus Lüdenscheid über:

„Demokratie und Christentum",

wozu die gesamte Bürgerschaft (Frauen und Männer) eingeladen wird.

Der prov. Vorstand.

Im Anschluß an den Vortrag

1. Mitgliederversammlung

der neugebildeten Ortsgruppe Schalksmühle (Vorstandswahl und verschiedene Beratungen).

Wilh. Himmen, Halver.
Installationsgeschäft
für Elektro-Technik und Maschinenbau.
Telephon Nr. 168.

Den geehrten Bewohnern von Rönsahl und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich demnächst in **Rönsahl** eine

Zweigniederlage

errichten werde und halte mich bei Neuanlagen von

elektr. Licht- und Kraftanlagen

jeden Umfanges bestens empfohlen.

Unterhalte ständig großes Lager in **Beleuchtungskörper und allen einschlägigen Artikeln.** Lieferung **erstklassiger Motore und Maschinen.** Konzessionioniert beim Elektrizitätswerk Mark, Hagen

Rektoratschule Halver.

Das **neue Schuljahr** beginnt am **24. April,** morgens 8 Uhr. Die **Aufnahmeprüfung,** zu der ein Diktatheft und eine Feder mitzubringen sind, findet am Montag, den 31. cr., nachmittags von 1 Uhr an statt.

Anmeldungen nimmt der Unterzeichnete am Freitag, den 28. cr., nachmittags von 3—6 Uhr entgegen. Es ist dabei das Abgangszeugnis und der Impfschein vorzulegen.

Clever.

Zeitungsboten

für Oberbrügge gesucht.

Zu melden bei:

Robert Wasserfuhr, Oberbrügge.

Postkarten
schnell
sauber
billig
Allgemeiner Anzeiger Buchdruckerei Halver.

Bekanntmachung.

Die Erkrankungen an Pocken haben in Preußen neuerdings, hervorgerufen durch die schnelle Durchführung der Demobilmachung, merklich wieder zugenommen. Es ist daher notwendig, das der Pockengefahr wiederum erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Vor allem mache ich darauf aufmerksam, daß **jede Erkrankung und jeder Todesfall an Pocken, sowie jeder Fall einer Erkrankung, die den Verdacht der Pocken erweckt,** unverzüglich der zuständigen Polizeibehörde angezeigt werden muß. Als pockenverdächtige Erkrankung gelten auch Windpocken.

Zur Anzeige sind verpflichtet:
der zugezogene Arzt,
der Haushaltungsvorstand,
jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person,
derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat,
der Leichenschauer.

Jede Nichtbefolgung der betreffenden Vorschriften wird streng bestraft.

Altena, den 17. März 1919.

Der Landrat: Thomee.

Jugendliche
Arbeiter
für sofort gesucht.
Adolf Crämer,
Halver, Frankfurterstraße.

2 Jungens oder Mädchen für die Packstube
sucht sofort
August Berghaus,
Oberbrügge.

Obstbäume
Aepfel, Birn, Pflaumen, Kirschen, Wallnüsse, Stachel- und Johannisbeer. Hochstämme u. Buschobst in bester Ware und bewährten reichtragenden Sorten empfiehlt
Carl Pätze,
Calsbach bei Kotthausen
Kr. Gummersbach

Brennholz-Verkauf.
Am **Montag, den 31. 3. 19.** verkaufe ich in der Herpine beim Versorgungshause
120 Rmtr. Klafterholz
anfangend nachmittags 2 Uhr an Ort und Stelle gegen bare Zahlung.
H. Struchholz.

Milchfutter
auf Lager vorrätig.
C. Zimmermann, Ohl-Rönsahl

Einlagen
für Bibliorhapies mit Register
sind wieder vorrätig
Buchhandlung
Wilh. Bell jr., Halver.

Ein kleiner
Kotten
wo zwei oder drei Kühe gehalten werden können, auf sofort oder später zu mieten gesucht
Von wem sagt die Geschst. des „Allg. Anz." Halver.

Haushälterin, Witwe mit einem 10jähr. Kinde (Mädch.) mit allen landwirtschaftl. Arbeiten vertraut, sucht
Stelle
auf dem Lande.
War im letzten landwirtschaftlichen Betriebe 4 Jahre tätig.
Offert. unter **535** an die Geschäftsstelle des „Allg. Anz". Halver.

Sehr gut erhaltene und genau gehende
Viehwage
hat wegen Mangel an Raum abzugeben.
Hugo Kerspe, Halver.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.

Habe eine große u. schöne Auswahl
Schweine

erhalten.
A. Kerspe, Halver.

Stelle heute eine große Auswahl

prima Ferkel und **Läuferschweine.**
zu billigsten Preisen zum Verkauf aus.
Karl Schmale, Halver.
Telefon 23.

Heute u. folg. Tage frisch. groß. Transp.

Ia. Ferkel
von 100 Mk. an bis 140 Mk. Abzugeben bei **Carl Vorsuß, Mariaheide.**